

etwa bei einem Reaktorunfall oder einem Terrorakt mit radioaktiven Stoffen. Das berichtete der Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung im Juni 2003 aus Washington.

Demnach rühre die positive Beurteilung dieses Medikamentes, das unter anderem auch in der Schweiz für solche Fälle in kantonalen Lagern bereitliegt und an die Haushalte im Umkreis bis 20 Kilometer um ein Atomkraftwerk verteilt wird, von den Erfahrungen her, die Polen nach der Reaktorkatastrophe gemacht habe. Dort hätten die Behörden 1986 Kaliumjodid-Tabletten an 10,5 Millionen Kinder und an 7 Millionen Erwachsene abgegeben. Mit dieser Maßnahme sei der polnischen Bevölkerung ein strahlungsbedingter Anstieg von Schilddrüsenkarzinomen wie in den Nachbarländern erspart geblieben. Und zwar zu einem denkbar geringen gesundheitlichen Preis: Wirklich schwere Nebenwirkungen seien nämlich nicht gemeldet worden. Lediglich bei zwei Prozent der auf diese Weise geschützten Menschen sei es zu vorübergehenden Magen-Darm-Beschwerden gekommen, bei einem Prozent zu Gesicht- und Körpererötungen. Diese Erscheinungen seien ebenso reversibel gewesen wie eine Unterfunktion der Schilddrüse, die bei 12 von insgesamt 3214 Neugeborenen beobachtet worden seien. Die für einen aussichtsreichenden Schutz der Schilddrüse als notwendig erachtete Menge des Medikamentes werde mit einer Tablette zu 130 Milligramm angesetzt.

Das Gesetz zur Lagerung großer Mengen von Kaliumjodid-Tabletten wurde 2002 im US-Kongress verabschiedet. Ein Komitee der National Academy of Sciences, das jetzt in Washington erstmals tagte, soll nun die beste Methode ermitteln, das Medikament auch der Bevölkerung rechtzeitig zukommen zu lassen. Laut Patricia Milligan von der

amerikanischen nuklearen Aufsichtsbehörde, der Nuclear Regulatory Commission, wird Kaliumjodid bisher in öffentlichen Einrichtungen wie Spitälern und Schulen gelagert, die sich in einem Radius von zwanzig Meilen um einen Reaktor befinden. Seit April

### Tagungsbericht

## Tschernobyl und die DDR

### Dokumentation einer Tagung an der Hochschule Magdeburg-Stendal

„In den Wochen nach der Katastrophe stapelte sich in den Läden der DDR ein bisher nie gekanntes Angebot von Obst und Gemüse. Zeitzeugen berichten über ein reichliches Angebot auch in den Kindertagesstätten. Kinder vorsichtiger Eltern lehnten den Salat ab, andere genehmigten sich doppelte Portionen. Die Bevölkerung des ehemaligen Bezirks Magdeburg war durch das Zusammentreffen der radioaktiven Spaltstoffe mit zufälligen Niederschlägen Anfang Mai 1986 besonders betroffen. Vergleichbare Kontaminationen dieser Intensität waren auf dem Gebiet Gesamtdeutschlands nur im Voralpenraum erfolgt. Schon zwei Tage nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde in der DDR stark ansteigende Radioaktivität festgestellt. So maß Anfang Mai 1986 das Magdeburger Bezirkshygienemuseum in Wiesenkräutern bis zu 76.000 Bq/kg und in Bodenproben bis zu 40.000 Bq/kg. Aber nur ein einziges Mal standen ein paar Zahlen über die Radioaktivität nach Tschernobyl in der Zeitung: „Stabilisierung auf einem niedrigeren Niveau“. Das „Neue Deutschland“ verschwieg, dass Radioaktivitätswerte rund 1000-mal höher als üblich waren, ja sogar Anfang Mai nochmals um etwa

2001 sind insgesamt 18 Millionen Tabletten in 11 Gliedstaaten geliefert worden, in denen Reaktoren stehen. Der Staat Maine im Nordosten unterhalte ebenfalls ein Tablettenlager, obwohl er kein Atomkraftwerk besitzt. ●

den Faktor 100 anstiegen. Was die Bürger der DDR nicht erfuhren, wusste die Regierung ganz genau. Ihrem Ziel, die Entwicklung des Sozialismus mit allen Mitteln, ordnete die Sozialistische Einheitspartei in der DDR alles unter: den Umgang mit der Natur genauso wie die Lebensqualität der Menschen. (...) die Umweltdaten (wurden) als Geheime Verschlusssache eingestuft und das Ministerium für Staatssicherheit beauftragt, Kritiker der Umweltpolitik und anderer Bereiche zu verfolgen und auszuschalten. Hier wurden sogar bewusst DDR-Gesetze gebrochen.“

Das berichten Joachim Schlütter, Leiter des Landesbüros Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung und Edda Ahrberg, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, einleitend in der jetzt erschienenen 80-seitigen Broschüre zur Dokumentation der Ergebnisse eines gemeinsamen Forums von Friedrich-Ebert-Stiftung, Greenkids Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal am 19. April 2002. Die von Dr. rer. nat. Thomas Hartmann, Professor am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen

der Hochschule Magdeburg-Stendal und Falk Beyer von Greenkids Magdeburg organisierte Veranstaltung bot ein Forum sowohl für Befürworter als auch für Gegner der Atomtechnologie-Nutzung und hatte das Thema „Tschernobyl und die DDR: Fakten und Verschleierungen – Auswirkungen bis heute?“ Wie sich zeigt, ist das rhetorische Fragezeichen im Titel überflüssig.

Während im Westen Deutschlands die durchsickernden Informationen einen heftigen öffentlichen Diskurs auslösten und die weitestgehend überforderten oder politisch kurzgehaltenen Bundes- und Landesbehörden sich mit einer Bürger- und Selbsthilfebewegung konfrontiert sahen, die sich eigene Meßstationen aufbaute und systematisch Meßprogramme für Nahrungsmittel und Umweltproben durchführte, berichteten dagegen in der DDR die Medien zunächst überhaupt nicht über die Katastrophe. Dr. rer. nat. Sebastian Pflugbeil beschreibt, gestützt auf seine eigenen Erfahrungen und umfangreiches staatliches Archivmaterial, Details der Informationspolitik der DDR und die Reaktionen der Bürger und der Umweltbewegung sowie der Staatssicherheit der DDR. Pflugbeil zeigt die ungebrochene Kontinuität derjenigen Interessengruppen auf, die bis heute die tatsächlichen Geschehnisse im Reaktorblock Tschernobyl und die Folgen verschweigen oder herunterspielen. Für die Umweltgruppen und die Friedensbewegung der DDR, die meist unter dem Dach der Evangelischen Kirche aktiv waren, war Tschernobyl ein deutlicher Impuls, endlich klarer und lauter über Kernenergie zu reden. Sichtbares Ergebnis war die Studie „Pechblende - Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“, die 1988 erschien und von dem Autor Michael Beileites mit hohem persönlichen Risiko recherchiert wurde. Das

allgemeine Ausmaß der Observation und Beeinflussung durch die staatlichen Organe der DDR ließ sich erst nach der Wende von 1989 teilweise rekonstruieren.

Falk Beyer recherchierte mit Hilfe der Zeitzeugen Dr. Erika Drews und Dr. Gerhard Loettel sowie der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt, Edda Ahrberg, Vorgänge im Bezirk Magdeburg. Die Stendaler Ärztin Dr. Erika Drews, eine Aktivistin der „Energiewende Stendal“, eine Gruppe, die seit Jahren für die Abschaltung aller Atomanlagen eintritt, bekam den teilweise lächerlichen Argwohn der Staatssicherheitsbehörde zu spüren. Ihre Wohnung war „verwanz“, Telefongespräche wurden abgehört und detailliert protokolliert, Reisewege überwacht. Damals wie heute war sie an Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligt, die den Forderungen nach einer Wende in der Politik Nachdruck verleihen sollten. Seit Anfang Mai 2003 (!) ist Frau Dr. Erika Drews im Gefängnis der Lutherstadt Eisleben inhaftiert, wegen „Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung“ im Zusammenhang mit Protesten gegen Atomwaffen. Seit 1993 lädt Frau Dr. Drews an jedem ersten Sonntag im Monat zur Teilnahme an einem „Friedensweg“ in die Colbitz-Letzlinger Heide ein. Weitere Einzelheiten unter <http://www.offeneheide.de>.

Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Sachsen-Anhalt (Hrsg.), F. Beyer, Th. Hartmann (Red.): Tschernobyl und die DDR: Fakten und Verschleierungen – Auswirkungen bis heute? Magdeburg 2003, ISBN 3-89892-185-9, 80 Seiten. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben. Bestellungen an: Friedrich-Ebert-Stiftung, Geißlerstr.1, D-39104 Magdeburg, Fax: 0391/ 56876-15 ●

## Buchmarkt

# Die Schwachstelle

## Eine Kriminalnovelle für die Sommerzeit

Haben Sie auch schon mal den brennenden Wunsch verspürt groß rauszukommen, Erfolg zu haben, Karriere zu machen? Wohin das führen kann, wenn es ausgerechnet im Bereich der Atomtechnik und des Strahlenschutzes sein soll, hat Moritz F. Sekierritz beschrieben. Sein 88 Seiten starker Roman erscheint Mitte August in dem wendländischen Verlag Tolstefanz und ist für 6 Euro zu erwerben.

Der Autor mit dem interessanten F. in der Mitte seines literarischen Pseudonyms ist, so der Verlag, Gutachter für Nuklearanlagen und -transporte im Auftrag von Regierungen und Umweltverbänden. M. F. S. hat sich von dieser Tätigkeit beurlaubt, um einen Kurzroman zu schreiben. Er spielt bei überwiegend schlechtem Wetter, ist sonst aber durchaus drehbuch- und hörspielgeeignet. Wenige Akteure, viel technisches Gerät, ein Büro, das mit ein wenig Kulissenschieberei auch als Gefängnis erhalten könnte, eine weniger gut, eine besser gefüllte Kneipe und das Modell eines Transportbehälters für Plutonium. Ein Handy der allerneuesten Generation nicht zu vergessen. Die Handlung des Romans folgt dem literarischen Muster des Thrillers und endet mit dem zweifelhaften Sieg der zweifelhaften Guten. Wie in vielen Romanen, so heißt auch in diesem die Hauptfigur und femme fatale Anna. Anna ist rot gelockt, füllig und praktisch alterslos. Ihre männlichen Mit- und Gegenspieler kennt man auch nur mit Vornamen und nur die Polizei hat Nach- und Tarnnamen. Mehr wird vom Plot nicht verraten, außer daß es ganz, ganz, ganz viele Ausrufezeichen gibt, die Dialoge mit Frust gespickt und mit

Vorsicht zu genießen sind. „Wenn wir die Schwachstelle jetzt nicht zu Geld machen, findet sie in ein paar Monaten ein anderer Handy-Freak, der weniger Skrupel hat.“ Wer Ingo Schulzes „Simple Storys“ gerne gelesen hat, wird diese Novelle auch eingängig finden. Y.Emmes

Moritz F. Sekierritz: Die Schwachstelle. Verlag Tolstefanz, 2003, D-29439 Jeetzel, Auf dem Berg 19, ISBN 3-932270-17-7, 88 S., Euro 6,-. ●

**Cattenom - Bure,  
24. - 31. August 2003**

## Sommer-Protestmarsch vom Atomkraftwerk zum künftigen Atomklo

Unter dem Motto „Atom Müll – es reicht!“ startet am 24. August 2003 um 14 Uhr vom Atomkraftwerk Cattenom in Frankreich ein von Reseau sortir du nucleaire organisierter Protestmarsch. Über Thionville geht es dann weiter bis Metz, von dort mit dem Zug (wie die Atommülltransporte) bis Nancy, dann wieder zu Fuß über Toul, Colombey-Belles, Gondrecourt und Bonnet (hier vorheriges Treffen am 31.8.03 um 10 Uhr) nach Bure. Die Ankunft in Bure ist für den 31. August 2003 gegen 12 Uhr vorgesehen. Bure, eine 100-Seelen-Gemeinde, liegt in Lothringen, 60 Kilometer entfernt von Nancy im Departement Meuse an der Grenze zum Departement Marne, 150 Kilometer entfernt von Cattenom

und 150 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Am Sonntag, dem 31. August 2003 findet dann ein öffentliches Protestpicknick vor dem Zaun des Endlagergeländes in Bure statt, auf dem man die hochradioaktiven Abfälle vergraben und vergessen will, die in Frankreichs 58 Atomkraftwerken produziert werden. Es kann die ganze Woche mitgelaufen werden oder auch in Etappen. Die Tagesetappen betragen 15 bis 20 Kilometer, einfache Unterkünfte oder Zelt, Infoabende und Diskussionen.

Weitere Informationen zum Protestmarsch unter Tel. 0033-325049141, [www.burestop.org](http://www.burestop.org), Email: [permanent@burestop.org](mailto:permanent@burestop.org) Der Marsch wird von den „Stop-Bure-Initiativen“ und unter der frankreichweiten Koordination der Initiativen gegen Atommülllager mit Unterstützung des Netzwerkes Atomausstieg organisiert: Reseau sortir du nucleaire, 9, rue Dumenge, F-69317 Lyo Cedex 04, Tel 0033-478282922, [www.sortirnucleaire.org](http://www.sortirnucleaire.org). Informationen auf deutsch und Lageplan unter <http://mitglied.lycos.de/atomausstieg/bure.html> ●

## Ultraviolette Strahlung

# Gütesiegel „Zertifiziertes Solarium“

Das Bundesumweltministerium (BMU) und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Berlin haben am 2. Juni 2003 den Start für ein Gütesiegel „Zertifiziertes Solarium“ verkündet. Obwohl braune Haut mit Freizeit und Gesundheit verbunden werde, komme es bei zunehmender ultravioletter Bestrahlung (UV-Bestrahlung) vermehrt zu Gesundheitsschäden. „Diesen soll mit dem neugeschaffenen Gütesiegel vorgebeugt werden“, heißt es in der Mitteilung des BMU. Das Gütesiegel, dessen Vergabekriterien ein vom Bundesamt für Strahlenschutz initiiertes